

Abgabe der Netzbetreiber für Strom- und Gasleitungen im öffentlichen Grund, Änderung Reglement über die Gasversorgung

Beschluss; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Seit Jahr und Tag erlauben die bernischen Gemeinden der BKW und anderen Netzbetreibern, Leitungen im öffentlichen Grund, meist in Strassen und Trottoirs zu verlegen. Viele Gemeinden erheben dafür Abgaben, die in einem Vertrag mit den Netzbetreibern geregelt sind.

Das trifft auch auf die Gemeinde Köniz zu. Eine wichtige Netzbetreiberin ist hier die BKW: Sie versorgt die Endkunden mit Elektrizität. In einem Vertrag zwischen Gemeinde und BKW ist eine Abgabe für die Benützung des öffentlichen Grundes geregelt. Im Vertrag ist auch geregelt, dass die Verwaltungsgebühren (Bsp. Grabenaufbruchgebühren) über die Abgabe abgegolten sind. Die Abgabe wird gestützt auf das eidgenössische Stromversorgungsgesetz auf die EndkundInnen überwältzt. Die EndkundInnen sehen ihren Anteil auf ihrer Rechnung (Stichwort „Abgabe an Gemeinwesen“).

Teile der Gemeinde Köniz werden durch ewb mit Gas versorgt. Diesbezüglich ist die Situation nicht ganz gleich wie bei der Elektrizität, aber in den wesentlichen Punkten vergleichbar: Auch ewb hat Leitungen im öffentlichen Grund der Gemeinde Köniz, bezahlt dafür eine Abgabe und überwälzt diese auf die EndkundInnen.

Die Einnahmen der Gemeinde aus diesen Abgaben liegen beim Strom bei rund CHF 1.7 Mio und beim Gas bei rund CHF 0.45 Mio.

2. Notwendigkeit, eine Rechtsgrundlage für die Abgaben zu schaffen

Während Jahrzehnten ging man davon aus, dass die abgeschlossenen Verträge mit den Netzbetreibern als Grundlage für die Abgaben ausreichen. Am 29. Mai 2018 fällte das Bundesgericht (2C_399/2017) ein wichtiges Urteil, das klarstellte, dass die Anforderungen des Gesetzmässigkeitsprinzips auch hier zu beachten sind. Anders gesagt dürfen solche Abgaben nicht ohne Grundlage in einem Reglement erhoben werden.

Der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) empfiehlt den bernischen Gemeinden eindringlich, eine entsprechende reglementarische Grundlage zu erlassen.

Der Gemeinderat beantragt deshalb dem Parlament, die nötigen Bestimmungen zu erlassen. Dass die Netzbetreiber ihre Leitungen über weite Strecken durch öffentlichen Grund führen, ist allgemein üblich und im Sinn einer Bündelung von Infrastrukturanlagen sinnvoll. Die Erlaubnis der Gemeinde ist eine Leistung an die Netzbetreiber, die es nach Ansicht des Gemeinderats auch rechtfertigt, eine Gegenleistung in Form von Abgaben zu verlangen. Was die Höhe der Könizer Abgaben angeht, ist keine Änderung geplant; das Reglement schafft einfach die nötige Grundlage für die weitere Erhebung der bisherigen Abgaben.

3. Zum Entwurf der Reglementsänderung

Im Bereich Gasversorgung besteht bereits ein Reglement. Die nötige Rechtsgrundlage für die Gebühr kann ohne grossen Aufwand in dieses Reglement eingearbeitet werden.

Im Bereich Stromversorgung hat die Gemeinde Köniz kein Reglement, weil in diesem Bereich keine Gemeindeaufgaben bestehen. Der Einfachheit halber wird vorgeschlagen, die nötige Rechtsgrundlage ans Reglement über die Gasversorgung anzukoppeln. Die Alternative bestände darin, ein eigenes Reglement über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz zu schaffen. Ein solches Reglement würde allerdings aus nur einem oder zwei Artikeln bestehen, und das ist zu vermeiden, wenn es einfachere Wege gibt, die Sache zu regeln.

4. Finanzen

Die Höhe der jährlichen Einnahmen wurde in der Ausgangslage beschrieben. Der Gemeinderat sieht ein beträchtliches Risiko in der Tatsache, dass ohne reglementarische Grundlage die Abgaben inskünftig nicht mehr erhoben werden könnten. Entsprechende Einnahmeausfälle wären die Folge.

5. Weitere Themen / Ausblick

Die nachfolgend aufgeführten Themen werden voraussichtlich bereits in absehbarer Zeit zu weiteren Anpassungen am nun vorliegenden Reglement führen.

5.1 Wärmeleitungen

Neben den vorangehend beschriebenen Leitungen für die Gas- und Stromversorgung führen noch weitere Leitungen durch den öffentlichen Grund. Im Gegensatz zu den Leitungen für die Telekommunikation gibt es für die Leitungen zur Wärmeversorgung keine übergeordneten gesetzlichen Regeln. Verschiedene Gemeinden, unter anderen Bern und Biel, haben entsprechende Grundlagen und Erlasse geschaffen und darin auch die Konzessionspflicht und Abgaben für das Recht zur Durchleitung festgelegt, wobei in Biel ab 2022 keine Abgabe mehr für mit erneuerbarer Energie betriebene Wärme- und Kälteverbünde erhoben werden (Förderungs-Gedanke). Die notwendige Grundsatzdiskussion für eine angepasste Regelung bei den Wärmeleitungen braucht Zeit und soll deshalb mit der notwendigen Sorgfalt im Nachgang zur Anpassung bzw. Erweiterung des Gasversorgungsreglements geführt werden.

5.2 Verwendung der Gelder

Die Gelder gehen in die allgemeine Gemeindekasse und können ohne Zweckbindung verwendet werden. In verschiedenen Vorstössen in den letzten 10 Jahren (Bsp. V1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"; V2129 Dringliche Motion (SP, Grüne, Junge Grüne) „Stromgelder (Konzessionsabgaben) zur erfolgreichen Umsetzung von Energieeffizienz- und Klimaschutzmassnahmen in der Gemeinde Köniz“) wurde oder wird gefordert die Abgabe auf Strom und/oder auf Gas mindestens teilweise zweckgebunden für die Finanzierung von Klimaschutz- und Energiemassnahmen einzusetzen. Eine mögliche Zweckbindung hätte im Rahmen der Anpassung des Reglements nun ebenfalls diskutiert werden können. Aufgrund der bereits genannten Dringlichkeit soll die Diskussion im Gemeinderat und im Parlament nun im Verlauf des nächsten Jahres stattfinden. Mit der Überweisung der Motion 2102 (Junge Grüne, Grüne) "Klimaschutzreglement für Köniz" hat das Parlament dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, eine Spezialfinanzierung Klimaschutz zur Finanzierung der zur Zielerreichung notwendigen Massnahmen zu schaffen. Bei der Erarbeitung der dafür notwendigen Grundlagen wird es vor allem auch darum gehen, Vorschläge für die Äufnung der Spezialfinanzierung zu machen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Reglements über die Gasversorgung wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. Die Änderung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Köniz, 27. Oktober 2021

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Reglement über die Gasversorgung, Änderung, Entwurf

Reglement vom 29. April 2013 über die Gasversorgung, Änderung

Bisheriger Text

Vorlage/Neuer Text, Entwurf

Titel bisher:

Reglement über die Gasversorgung

Art. 1

Gemeinde-
aufgabe

- ¹ Die Einwohnergemeinde Köniz übernimmt die leitungsgebundene Versorgung mit Erdgas/Biogas als selbst gewählte Gemeindeaufgabe.
- ² Sie strebt eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgung geeigneter Gebiete der Gemeinde an.
- ³ Es besteht weder ein Anspruch auf Versorgung mit Gas noch eine Abnahmepflicht.

*Marginalie
unverändert*

Art. 2

Übertragung
der Aufgabe

- ¹ Der Gemeinderat kann die Aufgabe an Dritte übertragen (im Folgenden Trägerschaft).

*Marginalie
unverändert*

Titel neu:

Reglement über die Gasversorgung und über die Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz

Neuer Gliederungstitel vor Artikel 1:

I. Gasversorgung

Art. 1

Unverändert.

Art. 2

Unverändert.

- ² Vorbehalten bleiben Beschlüsse der Gemeinde betreffend die Erschliessungsplanung und betreffend allfällige besondere Leistungen der Gemeinde im Zusammenhang mit der Erschliessung oder der Versorgung durch die Trägerschaft.

Art. 3

Grundsätze für
die Aufgaben-
erfüllung

- ¹ Die Trägerschaft erfüllt die Aufgabe nach den Bestimmungen des eidgenössischen und kantonalen Rechts, nach allfälligen weiteren für sie geltenden Bestimmungen sowie nach den Vorgaben und Richtlinien der Branche.
- ² Die Trägerschaft kann im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben gestützt auf die anwendbaren Bestimmungen hoheitlich auftreten, insbesondere für ihre Leistungen Gebühren erheben, Kontrollen vornehmen und Bewilligungen erteilen.

*Marginalie
unverändert*

Art. 3

Unverändert.

Art. 4

Versorgungs-
anlagen

- ¹ Die Trägerschaft plant, erstellt, betreibt, unterhält, erneuert und erweitert die für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Versorgungsanlagen.
- ² Die Versorgungsanlagen befinden sich im Eigentum der Trägerschaft.
- ³ Die Trägerschaft ist berechtigt, für ihre Versorgungsanlagen, insbesondere für die Leitungen des Versorgungsnetzes, gegen ein angemessenes Entgelt den öffentlichen Grund der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

*Marginalie
unverändert*

Art. 4

- ¹ *Unverändert.*
- ² *Unverändert.*
- ³ *Aufgehoben.*

Art. 4a (neu)

Abgabe

Die Trägerschaft bezahlt der Gemeinde für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes für ihre Versorgungsanlagen, insbesondere die Leitungen des Versorgungsnetzes, eine Abgabe von 0,5 Rappen pro an Kundinnen und Kunden im Gemeindegebiet gelieferte Kilowattstunde Energie.

Art. 5

Gebühren,
vertragliches
Entgelt

- ¹ Die Trägerschaft erhebt für ihre Leistungen, insbesondere für die Gewährung der Netznutzung und für die Gaslieferung, Gebühren.

*Marginalie
unverändert*

Art. 5

Unverändert.

- ² Der Kreis der Gebührenpflichtigen, der Gegenstand und die Höhe der Gebühren richten sich nach den für die Trägerschaft geltenden Bestimmungen und die gestützt darauf erlassenen Tarife.
- ³ Die Trägerschaft kann das Entgelt für ihre Leistungen mit ihren Kundinnen und Kunden vertraglich regeln, sofern und soweit die anwendbaren Bestimmungen (Art. 3 Abs. 1) dies zulassen.

Art. 6

Vertrag

- ¹ Die Einzelheiten des Verhältnisses zur Trägerschaft regelt der Gemeinderat in einem Vertrag.
- ² Der Vertrag regelt soweit erforderlich namentlich
- a) Einzelheiten betreffend die Erfüllung der übertragenen Aufgabe durch die Trägerschaft,
 - b) die Benützung des öffentlichen Grundes der Gemeinde zu diesem Zweck und das der Gemeinde dafür geschuldete Entgelt,
 - c) die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und Trägerschaft, namentlich betreffend die Planung, die Erschliessung und die Vornahme von Arbeiten auf öffentlichem Grund,
 - d) die Rechte der Gemeinde im Rahmen der Aufsicht über die Aufgabenerfüllung,
 - e) die Dauer des Vertrags und die Voraussetzungen einer allfälligen vorzeitigen Beendigung.

*Marginalie
unverändert***Art. 6**

- ¹ *Unverändert.*
- ² *Einleitungssatz unverändert*
- a) *unverändert,*
 - b) Einzelheiten betreffend die Benützung des öffentlichen Grundes der Gemeinde zu diesem Zweck und betreffend die Abgabe,
 - c) *unverändert,*
 - d) *unverändert,*
 - e) *unverändert.*

*Neuer Gliederungstitel vor Artikel 6a:***II. Abgabe für das Stromversorgungs-Verteilnetz****Art. 6a** *(neu)*

Abgabe

- 1 Der Verteilnetzbetreiber bezahlt der Gemeinde für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes im Bereich der Stromversorgung eine Abgabe von 1,9 Rappen pro Kilowattstunde der aus dem Verteilnetz an Endkundinnen und Endkunden ausgespeisten Energie.
- 2 Die Abgabe ist auf CHF 300 pro Jahr und Zähler beschränkt.
- 3 Die Gemeindeabgabe auf den Zusatzprodukten «unterbrechbar» und «steuerbar» beträgt 0,63 Rappen pro Kilowattstunde.
- 4 Die Abgabe ist auf CHF 96 pro Jahr und Zähler beschränkt.
- 5 Der Gemeinderat schliesst mit dem Verteilnetzbetreiber einen Vertrag ab und vereinbart darin die Einzelheiten.

Neuer Gliederungstitel vor Artikel 7:

III. Inkrafttreten

Art. 7

Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt am 1. Juni 2013 in Kraft.

*Marginalie
unverändert*

Art. 7

Unverändert. Bei einer Änderung wird das Inkrafttreten der Änderung nicht im Reglementstext, sondern per Beschluss festgelegt.